

Pressemitteilung

12.10.2021

Vor den Koalitionsverhandlungen: Bibliotheken drängen auf mehr politische Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen in neuer Legislaturperiode

Anlässlich der intensivierten Sondierungsgespräche zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP erinnert der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) an seine wichtigsten bibliothekspolitischen Anliegen auf Bundesebene:

- Einbeziehung von **außerschulischen Bildungsakteuren wie Bibliotheken** in die Strategien und Initiativen zur (digitalen) Bildung;
- Finanzielle Unterstützung für die **weitere digitale Transformation von Bibliotheken sowie die Digitalisierung des Kulturerbes**. Schaffung einer international koordinierenden Infrastruktur zur Vermeidung von Doppeldigitalisierungen sowie Unterstützung der **nationalen Allianz zur Kulturgutdigitalisierung**;
- Unterstützung und finanzielle Förderung des **Ausbaus von Bibliotheken aller Größenordnungen als „Begegnungsorte“**;
- Sicherstellung, dass Bibliotheken beim **E-Lending** aus allen auf dem Markt erhältlichen Werke auswählen und auch Neuerscheinungen zu angemessenen Bedingungen an ihre Nutzer*innen verleihen können;
- Schaffung eines zeitgemäßen und dem digitalen Wandel angepassten **Urheberrechts**. Insbesondere: Erleichterung der zeithistorischen Forschung durch Erweiterung der Möglichkeit des **Kopienversands durch Bibliotheken** auf Zeitungen und Publikumszeitschriften;
- Verstärkung der **Koordinierungsstelle für die Erhaltung des schriftlichen Kulturguts (KEK)** und Erhöhung ihrer jährlich zur Verfügung stehenden Fördermittel;
- Ausweitung der **Möglichkeit der Sonntagsöffnung** im Bundesarbeitszeitgesetz auf kommunale Bibliotheken – in Verbindung

mit einer angemessenen finanziellen Unterstützung und Personalausstattung.

Zu den Forderungen sagt der Bundesvorsitzende des dbv, Prof. Dr. Andreas Degkwitz: „Als Orte des Austauschs und des Miteinanders, der Information und der Medien sowie der (digitalen) Bildung leisten Bibliotheken einen unverzichtbaren Beitrag zu unserer Gesellschaft. Dafür müssen sie weitere politische Unterstützung für ihre Vorhaben erhalten, und es müssen die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen stimmen. Die möglichen Koalitionspartner haben jetzt die Chance, die bibliothekspolitischen Anliegen frühzeitig aufzunehmen und in der neuen Legislatur aktiv anzugehen.“

Deutscher Bibliotheksverband

Der Deutsche Bibliotheksverband e.V. (dbv) vertritt mit seinen fast 2.100 Mitgliedern bundesweit über 9.000 Bibliotheken mit 25.000 Beschäftigten und 11 Millionen Nutzer*innen. Sein zentrales Anliegen ist es, Bibliotheken zu stärken, damit sie allen Bürger*innen freien Zugang zu Informationen ermöglichen. Der Verband setzt sich ein für die Entwicklung innovativer Bibliotheksleistungen für Wissenschaft und Gesellschaft. Als politische Interessensvertretung unterstützt der dbv die Bibliotheken insbesondere auf den Feldern Informationskompetenz und Medienbildung, Leseförderung und bei der Ermöglichung kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe für alle Bürger*innen.

www.bibliotheksverband.de

Pressekontakt

Kristin Bäßler

Leitung Kommunikation / Pressesprecherin

baessler@bibliotheksverband.de

T + 49 (0)30 644 98 99 25